Kampf gegen weibliche Beschneidung : traurige Fortsetzungsgeschichte

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **58 (2002)**

Heft 2

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-844434

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Die Auseinandersetzung mit Geschlechterfragen ist nicht der einzige Bereich, indem politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und wissenschaftliche Interessen aufeinander prallen, man denke etwa an Stammzellenforschung oder die Atomenergie. - Wer sich für eine andere Geschlechterforschung stark macht, sollte die grossen Zusammenhänge nicht aus den Augen verlieren: Die Forderung nach Lehrstühlen ist politisch, die anschliessende Arbeit wäre idealerweise wissenschaftlich – mit oder ohne Frauenförderung.

KAMPF GEGEN WEIBLICHE BESCHNEIDUNG

TRAURIGE FORTSETZUNGS-GESCHICHTE

Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) leben heute mehr als 130 Millionen beschnittene Mädchen und Frauen vor allem in der arabischen Welt, in Südostasien und in Afrika. Jährlich kommen rund zwei Millionen neu dazu. Seit einigen Jahren ist die Weltöffentlichkeit sensibilisiert und es laufen internationale Aufklärungskampagnen, um diesem frauenfeindlichen Treiben endlich ein Ende zu setzen.

Beschneidungen sind keine ethnologisch interessanten Bräuche in exotisch-ferner Ländern. Als Einwandererinnen leben inzwischen viele beschnittene Frauen unter uns, in den USA oder in Kanada, Wegschauen geht endgültig nicht mehr. Begründet wird die Beschneidung mit Argumenten wie: bessere Heiratschancen, Bewahren der Jungfräulichkeit, Verhinderung von Seitensprüngen, Fruchtbarkeit und Schutz vor Totgeburten.

UNTERSTÜTZUNG BESCHNITTENER FRAUEN

Genitale Verstümmelungen haben vielfach schwerwiegend gesundheitliche Auswirkungen und führen zu Komplikationen bei der Geburt bis zum Tod der Mutter oder des Kindes. Deshalb werden Angehörige der Gesundheitsdienste speziell geschult, wie mit beschnittenen Frauen umzugehen ist. Durch chirurgi-

sche Eingriffe lassen im nachhinein oftmals die Beschwerden der Frau lindern.

Die Aufgabe der Gesundheitsdienste in schwierig. 1997 veröffentlichten WHO und UNICEF eine gemeinsame Erklärung, wonach Sanitätspersonal unter gar keinen Umständen Beschneidungen durchführen dürfe. Dies kann selbst in unseren Breiten Verantwortliche vor ein heikles Dilemma stellen; sie müssen befürchten, dass bei Ablehnung die Beschneidung von Unqualifizierten unter hygienisch problematischen Umständen durchgeführt wird.

FAMILIENPLANUNGSSTELLEN

In der Dritten Welt kommt den Familienplanungs-Beratungsstellen auf nationaler und lokaler Ebene eine entscheidende Rolle. Die weibliche Beschneidung ist Teil der überlieferten Kultur. Sich hier einzumischen, erfordert Verständnis und Takt sowie eine Zusammenarbeit mit den Behörden. Nur so gelingt langfristiges Umdenken. Die Beratungsstellen müssen sich bei den Behörden dafür einsetzen, dass die Gesetze dem internationalen Standard angepasst werden. In der Debatte über die Gesundheit der Frauen dürfen Beschneidung und Folgekrankheiten nicht ausgeklammert werden. Beschnittenen Frauen ist einerseits mit Verständnis zu begegnen, gleichzeitig sind über gezielte Informationen künftige Beschneidungen nach Möglichkeit zu vermeiden.

BUSHS POLITIK – VERHEERENDE FOLGEN

AUSKUNFT:
FIONA SALTER
IPPF
REGENT'S COLLEGE
INNER CIRCLE,
REGENT'S PARC
LONDON NW1 4 NS
TEL. +44 020 7487 7892

Unter dem Druck der religiösen Rechten in den USA und als Dank für ihre Hilfe bei den Präsidentschaftswahlen entzog Präsident Bush den Familienplanungszentren die staatliche finanzielle Unterstützung. Davon betroffen sind nicht nur amerikanische Einrichtungen, sondern viele Institutionen in der Dritten Welt, die ohne amerikanische Hilfe dicht machen müssen. Dies darf aus vielen Gründen nicht geschehen (AIDS-Vorsorge, allgemeine Gesundheit der Mütter und ihrer Kinder). IPPF in London sucht nach neuen Geldquellen und liess einen Film produzieren: "Held to ransom" ("Lösegeld gefordert"). Am 22. Januar 2002 hatte er in London Premiere.